

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 67

Bonn, den 23. August 1952

VI. Jahrg.

Tage christlicher und deutscher Einheit

Von unserem nach Berlin entsandten Mitarbeiter Dr. M. B.

Mit einer eindrucksvollen Kundgebung in den Messehallen am Berliner Funkturm ist der 75. Deutsche Katholikentag eröffnet worden. Er trägt weniger das von vielfältigen äußeren Aufwand und Massenbeteiligung geprägte Gesicht früherer Katholikentage. Für übergroßen Schmuck und Freude an bunten Bannern sind die Probleme, die zu klären sind, zu ernst, und dazu ist die Frage nach dem weiteren Micksal auch der katholischen Kirche in der sowjetisch besetzten Zone zu zweifelhaft.

Trotzdem haben mit den Einwohnern von Berlin alle Christen im deutschen Westen ebenso wie die jenseits der Elbe diesen Tag herbeigesehnt. Sie erhofften dabei nichts von dem, was man gemeinhin mit Tages- oder sogar Parteipolitik gleichsetzen könnte. Entsprechend der Losung des Katholikentages „Gott lebt“ warteten sie aber auf das klare und neu ausgesprochene Bekenntnis zu dem Grundsatz, daß auch in der Gegenwart nicht materialistische Ideen und staatliches Machtdenken die Grundlagen der neuen Ordnung unseres Volkes sein können, sondern allein die Kraft des christlichen Glaubens und christlicher Verkündigung. In dieser Meinung wollten sich katholische Christen aus ganz Deutschland begegnen und wenigstens im religiösen Raum die Trennung in Zonen und Machtbereiche überwinden.

Um so mehr spricht es gegen die derzeitigen ostzonalen Stellen, daß sie planmäßig darauf bedacht waren, ihre früheren, dem Katholikentag gegebenen Versprechen nicht einzuhalten und sich an einem rein religiösen Bekenntniswillen zu vergreifen. Sie haben alles versucht, diese Begegnung durch viele Einschränkungen vorher weitestgehend unmöglich zu machen. Aber was als Behinderung gedacht war, hat sich zu einer Kundgebung der Einheit und christlichen Freiheit verwandelt. Schon die Kundgebungen und Arbeitstagungen des Mittwoch und Donnerstag haben spontan geistig vereint, was durch Willkür und Machtbehauptung äußerlich getrennt bleiben muß. So geographisch „abseits“ vom übrigen Deutschland die Insel Berlin gerade in diesen Tagen liegen mag, so verhältnismäßig klein die Zahl der Teilnehmer geblieben ist — die Reden und persönlich-menschlichen Begegnungen der ersten Tage waren schon ein lebendiger Beweis dafür, daß hinter den Teilnehmern des Katholikentages die Kirche in ganz Deutschland steht. Dieses große Zusammengehörigkeitsgefühl wird am Wochenende seinen Höhepunkt erleben, wenn

sich, durch den Rundfunk geeint, die Teilnehmer des Katholikentages mit den Gläubigen in jeder einzelnen Gemeinde Deutschlands zur gemeinsamen Bekenntnisstunde zusammenfinden. Die verbindende und alle Grenzen überwindende Kraft der Kirche und ihre Botschaft hat sich in diesen Tagen des Berliner Treffens als unüberwindlich gezeigt. Diese geistige Kraft läßt sich nicht mit materieller Macht besiegen.

Noch in anderer Hinsicht haben sich die ersten Stunden des Berliner Katholikentages als eine Kundgebung der Einheit erwiesen. Wir meinen das mit den evangelischen Christen gemeinsame christliche Anliegen und die gemeinsame Not der Bedrückung. Noch wenige Tage vor Beginn hatte der Bundestagspräsident und evangelische Oberkirchenrat Dr. Ehlers in einem Rundfunkvortrag festgestellt, wie

schmerzlich die evangelischen Christen die staatlichen Einschränkungen an dem Katholikentag als eine gemeinsame Bedrückung empfinden. Nun gehört es zu den bisher stärksten Eindrücken der Tagung, daß der Sprecher der Evangelischen Kirche auf der Eröffnungskundgebung dieses Wort sinngemäß aufgenommen hat, indem er sich den Nöten und den geistigen Auseinandersetzungen des Katholikentages aufs engste verbunden erklärte. Hier ist das Leitwort des vorjährigen evangelischen Kirchentages von Berlin „Wir sind doch Brüder“ unausgesprochen noch einmal aufgeklingen und Wirklichkeit geworden. Wenn die Berliner evangelischen Christen im Zeitalter der Sperrgürtel und verweigerten Zonenpässe ihre Häuser und Kirchen mit den katholischen Brüdern aus allen Teilen Deutschlands geteilt haben, dann beweist das erneut, daß die christlichen Konfessionen und christliche Grundsätze der sicherste Weg sind, um die Grundlagen auch für eine staatliche Neuordnung abzugeben, wie wir sie für ein in Frieden und Freiheit geeintes Deutschland erhoffen.

Zum Tode Dr. Kurt Schumachers

Nach langer schwerer Krankheit und dennoch unerwartet ist Dr. Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD, in der Nacht auf Donnerstag gestorben. Mit ihm ist eine der am schärfsten profitierten Persönlichkeiten der politischen Gegenwart des deutschen Volkes geschieden. Für seine Partei bedeutet sein Ableben einen unersetzlichen Verlust.

Angesichts der Majestät des Todes hat jeder politische Antagonismus zu schweigen. Wir sehen in dieser Stunde nur den Menschen Kurt Schumacher, dessen ungeheure Willenskraft Freund und Feind Hochachtung abforderte. Nur ein Blick auf dieses unter rein menschlichen Aspekten betrachtete Leben: Im ersten Krieg verlor Kurt Schumacher den rechten Arm, zehn Jahre war er im Konzentrationslager, nach dem zweiten Krieg mußte ihm das linke Bein amputiert werden. Was sich vor diesem düsteren Hintergrund abspielte, war unermüdlige Arbeit, unablässiger Kampf, beide in gleicher Weise von verzehrender Leidenschaftlichkeit durchdrungen.

Aber in diesem armen, verstümmelten Körper herrschte ein Geist mit unbändiger Willenskraft, der diesen Körper zur Erfüllung der ihm zugemuteten übermenschlichen Leistung zwang. Die gleiche unbändige Willenskraft aber beseelte Dr. Schumacher auch dort, wo er in der politischen Arena um die Durchsetzung seiner Konzeption rang. Er hatte bestimmte Vorstellungen darüber, wie das deutsche Volk nach seiner Auffassung aus dem Chaos von

1945 wieder zu einem neuen staatlichen Leben zu führen sei. Diese Konzeption hielt er mit fanatischem Glauben für gut und einzig richtig. Sie wollte er verwirklichen, mit der ganzen Kompromißlosigkeit seines Strebens, und zwar — das schien ihm unerlässlich — an der erstverantwortlichen Stelle im neuen Staate. Bewußt oder unbewußt mag er dabei auch von einem durchaus verständlichen Gefühl einer eigenen Zeitnot getrieben worden sein.

Wer Kurt Schumachers Weg nicht für richtig hielt, wer seine Methoden bedauerte und ablehnte, mußte ihm im politischen Kampf oft widersprechen, und schon der Begriff des „Kampfes“ bedingte, daß es dabei mitunter hart auf hart ging. Das alles aber gehört heute der Vergangenheit, der Geschichte an. Nun, da ein Stärkerer dem unermüdlischen Streben und Kämpfen Kurt Schumachers jene Grenze gesetzt hat, die auch mit der größten menschlichen Willenskraft nicht zu überwinden ist, hat der Lärm des politischen Kampfes zu schweigen, der Lärm des Kampfes, der im letzten darum ging, welche Wege und Methoden besser geeignet seien, dem Wohl des Volkes zu dienen. Dem politischen Gegner von gestern galt in diesem Sinne oft unser Widerspruch. Heute neigen wir uns an der Bahre des Menschen, des tapferen Menschen Kurt Schumacher. Seine politische Konzeption haben wir bekämpft. Nun, da ein Höherer seinem Kampf ein Ende gesetzt hat, darf endlich der Mensch Kurt Schumacher das ausschließliche Interesse beanspruchen.

Familienrechtsreform ist weltanschauliche Frage

In der letzten Zeit häufen sich die Forderungen nach endlicher Verabschiedung der von den Parteien des Bundestages angekündigten Reform des Ehe- und Familienrechts. Der Katholische Deutsche Frauenbund widmete Ende Juli seine Generalversammlung diesem Thema. Da auf dieser Tagung auch die Weltunion der Katholischen Frauenverbände vertreten war, war das Echo dieser Tagung nicht gering. Darin liegt auch der Grund für das Handschreiben, das Papst Pius XII. an die Vorsitzende richtete. In dem Handschreiben weist der Papst auf die große Aufgabe hin, die Persönlichkeitswerte der christlichen Frau zu bewahren. Vor 50 Jahren habe die katholische Frauenbewegung darum gekämpft, der Frau den Weg in das Berufsleben zu ebnen. Heute bestehe die vorrangigste Aufgabe darin, die Frau zu schützen und zu festigen, damit sie in ihrer neuen Situation ihre persönliche Würde als Frau und Christin nicht verliere. Mit diesem Hinweis der obersten kirchlichen Stelle wurden wohl gewisse Bestrebungen nach eherechtlicher Selbständigkeit, die sich in gewissen Kreisen der katholischen Frauenbewegung bemerkbar gemacht hatten, stark abgeschwächt.

Bekanntlich hat das Bundesministerium für Justiz einen Entwurf für die Änderung des Ehe- und Familienrechts ausgearbeitet, der in Kürze wahrscheinlich schon im Oktober dieses Jahres, das Parlament beschäftigt wird. Darin sind viele Reformvorschläge enthalten, über das persönliche Eherecht, über die Berufstätigkeit der Frau, den Namen, den Familienunterhalt, Schlüsselgewalt, Hausratsverteilung und Kindesrecht. Über manche Änderungsvorschläge wird es kaum Meinungsverschiedenheiten geben, z. B. darüber, daß das von der Frau während der Ehe durch Arbeit erworbene Vermögen oder Einkommen nicht vom Mann allein ausgegeben werden darf.

Der kritische Punkt jedoch, an dem die Meinungen auseinandergehen, ist die Entscheidungsgewalt. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ehegatten über Fragen, welche das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffen, bestimmt der § 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß dem Mann in diesem Fall das Entscheidungsrecht zusteht. Der Entwurf des Bundesjustizministeriums sah ursprünglich eine ersatzlose Streichung dieses Paragraphen vor. Es ging dabei von der Auffassung aus, daß dieser Vorschrift in der Wirklichkeit des Lebens keine große praktische Bedeutung zukomme, da der Mann ohnehin die Frau nicht zwingen könne, einer von ihm getroffenen Entscheidung Folge zu leisten und daß der Wille des Ehegatten entscheiden müsse, welcher den beiderseitigen Rechten und Pflichten am besten entspreche. Die Mehrheit der Mitglieder der Bundesregierung hat jedoch bei der Beschlussfassung über den Gesetzentwurf die Auffassung vertreten, daß im Hinblick auf Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes der Konfliktfall in der Ehe nicht ungeregt bleiben dürfe und daß er in der Familie geregelt werden müsse.

Das Bundesjustizministerium hat dementsprechend einen neuen Entwurf für § 1354 vorgeschlagen, der die Ehegatten verpflichtet, bei Meinungsverschiedenheiten zu einer Einigung zu gelangen. Ist dies nicht möglich, so soll der Mann berechtigt und verpflichtet sein, unter Berücksichti-

gung der Auffassung der Frau die Entscheidung zu treffen. Die Entscheidung des Mannes ist aber für die Frau nicht verbindlich, wenn sie dem wohlverstandenen Interesse der Ehegatten nicht entspricht.

Dies ist insofern eine erhebliche Abweichung vom geltenden Recht, als nach diesem die Frau einer Entscheidung des Mannes nur dann nicht Folge zu leisten braucht, wenn sich eine Entscheidung als Mißbrauch seines Rechts darstellt. Nun ist es offensichtlich, daß der neue Vorschlag darauf hinausläuft, bei mangelnder Einstimmigkeit zwischen den Eheleuten den Richter anzurufen. Und dies ist der Punkt, an dem sich alle dem christlichen Denken verbundene Politiker gegen den Entwurf wenden. Das Hinaustragen einer ehelichen Meinungsverschiedenheit vor ein Gericht betrachtet man

Wenn wir das Geheimnis der Familie beschwören, wollen wir nicht eine Frage lösen, sondern vielmehr eine Wirklichkeit erfassen und der Seele gegenwärtig machen, die seit mehreren Generationen tragischerweise aus dem Bewußtsein geschwunden ist, was nicht wenig dazu beigetragen hat, die Menschen in die Hölle zu stürzen, in der wir sie heute sich abquälen sehen.

Marcel

als die Zerstörung des Familiensinns. Die Familie hat ja nach christlicher Auffassung ihre sittliche Höhe und ihre rechtliche Würde gerade in sich selbst. Deshalb betrachtete auch die Kirche die Formulierungen des BGB bereits als ein zu weit gehendes Entgegenkommen an den individualistischen Liberalismus. Bereits das BGB spaltete nach christlicher Auffassung die familienrechtlichen Beziehungen in personenrechtliche und in vermögensrechtliche auf. Nicht mehr die Familie als Ganzes wird durch die Gesetzgebung geschützt, sondern nur die einzelnen Rechts- und Vermögensbeziehungen von Mann und Frau.

Mehr als jemals möchte deshalb die Kirche in dem neuen Familien- und Ehe-

recht die Familie als Ganzes geschützt sehen. Sie legt Wert auf die Wiederherstellung der alten Familien- und Hausgemeinschaft unter der Hausgewalt des Vaters, soweit sie unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen aufrechtzuerhalten ist. Jedenfalls wünscht die Kirche eine stärkere Gemeinschaftsordnung gegenüber der allzu individualistischen Ehe- und Familienauffassung des bürgerlichen Rechts.

In diesem Sinne waren auch die Ausführungen gehalten, die Bundestagspräsident Dr. Ehlers auf dem Berliner Evangelischen Kirchentag 1951 gemacht hat: „Bruderschaft in der Familie schließt Überordnung und Unterordnung nicht aus, sofern der Mann und Vater sich selbst unter Gott stellt. Die Parole vom Ausleben, das Wort von der Gleichberechtigung der Geschlechter und der selbständigen Entwicklung des Kindes heben Gottes Ordnung auf. Menschliche Ansprüche stehen nicht über Gottes Gebot.“

Hier scheiden sich die Geister. Es kann als ziemlich gewiß gelten, daß die sozialdemokratische Fraktion die ersatzlose Streichung des § 1354 verlangen wird, bzw. daß sie sich mit der Änderung einverstanden erklären wird. Ihrer Auffassung werden sich wahrscheinlich weite Kreise der Freien Demokratischen Partei anschließen. Da es sich bei diesem Punkt um den innersten Sinn der Familie handelt, der nach christlicher Auffassung nur weltanschaulich, d. h. aus einem über der Familie liegenden Wert, aufgefaßt werden kann, werden hier die Geister am schärfsten aufeinander platzen. Den Vertretern der konservativen Auffassung, welche die Familien in ihrem Kern von sozialen und wirtschaftlichen Änderungen unberührt erhalten wollen, stehen diejenigen gegenüber, die in der Familie selbst nur eine Funktion der Wirtschafts- und Sozialstruktur sehen. Die Auseinandersetzung um die Familienreform wird deshalb aufs tiefste in die weltanschaulichen Hintergründe unserer politischen Parteien eingreifen, die bei den meisten politischen Tagesfragen so wenig mehr sichtbar werden.

Dr. F. R.

Wer ist für Abrüstung?

Der neue Schritt der Westalliierten

Die drei Westmächte haben kürzlich bei der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen überraschend einen Vorschlag zur Diskussion gestellt, von dem sie glauben, er könne die stockenden Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang bringen und sogar beschleunigen. Der Vorschlag hat im Wesentlichen eine Abrüstungskonferenz der fünf Großmächte zum Ziel. Er setzt dabei die sowjetische Bereitschaft voraus, einer freiwilligen Beschränkung der Truppenstärken zuzustimmen. Malik, der sowjetische Vertreter in der Abrüstungskommission, hat in einer ersten kritischen Stellungnahme erklärt, er vermisse in dem Vorschlag die Zustimmung der Herabsetzung der Streitkräfte auf ein Drittel.

Grundsätzlich besteht also zwischen den drei Westmächten einerseits und den beiden Ostmächten — Sowjetunion und China — andererseits Einigkeit über die Forderung, daß abgerüstet werden soll. Doch diese Einigkeit besteht, seitdem das Thema Abrüstung erörtert wird. Aber schon im ersten Schritt zur Realisierung in der Frage der gegenseitigen Kontrolle gibt es keine Einigung. Die sowjetische Weigerung, einer

internationalen Kontrolle auch der eigenen Rüstung zuzustimmen, läßt jede Verhandlung ergebnislos enden.

Es würde zu weit führen, alle seit dem Ende des zweiten Weltkrieges begonnenen und nie zu einem befriedigenden Ergebnis gebrachten Verhandlungen um das Problem der Abrüstung chronologisch anzuführen. Festzustellen ist nur, daß die Westmächte mit dem Kriegsende ihre Rüstungsproduktion abbauten und ihre Streitkräfte auf Friedensstärke brachten. Das war ein ganz normaler und durch keine internationalen Verpflichtungen erzwungener Vorgang. Wie vollständig die Abrüstung der Westmächte war, haben die Folgen gezeigt. Die als selbstverständlich erwartete Folge, die Abrüstung der Sowjetunion, blieb jedoch aus. Die Sowjets betrieben vielmehr mit allen Kräften die Aufrüstung ihrer Satelliten, so daß sich ihre Kriegsstärke wesentlich erhöhte. Der Westen verhielt sich zunächst abwartend und begriff erst, als das Signal Korea gegeben wurde. Wenn seitdem die Rüstungsproduktion läuft, hat niemand anders als die Sowjetunion sie wieder in Gang gesetzt.

C a CDU Deutschlands

Sitzung des Parteivorstandes

Schon jetzt wird darauf hingewiesen, daß die nächste Sitzung des Parteivorstandes und Parteiausschusses der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands am 5. bzw. 6. September in Bonn stattfindet. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

23. August 1952

A I a Schumanplan

Deutsche Sachverständige in der Hohen Behörde

Der Deutsche Vizepräsident der Montan-Behörde, Etzel, hat in Luxemburg erklärt, er sei mit dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über den Aufbau und die zukünftige Arbeit der Schumanplan-Behörde recht zufrieden. „Die Atmosphäre entwickelt sich erfreulich. Es herrscht eine sehr harmonische Stimmung.“ Etzel trat Meldungen deutscher Zeitungen entgegen, in denen Befürchtungen über den deutschen personellen Anteil geäußert worden waren, und erklärte: „Besorgnisse hinsichtlich der Personalpolitik bestehen nicht und sind absolut unbegründet.“ Er teilte mit, daß der Abteilungsleiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsordnung in Berlin, Dr. Wagenführ, am 18. August in Luxemburg eingetroffen ist und seine Mitarbeit am Aufbau der statistischen Abteilung der Behörde aufgenommen habe. In der Rechtsabteilung der Behörde werde die Bundesrepublik durch den bisherigen Ministerialrat im Bundesjustizministerium, Krawielicky, vertreten sein. Es sei vorgesehen, auch deutsche Techniker zur Mitarbeit in der Behörde heranzuziehen.

23. August 1952

A VII Gebiete östlich der Oder und Neisse

Noch 1,2 Millionen Deutsche in den Ostgebieten

Die Zahl der in den unter sowjetischer und polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten lebenden Deutschen wird auf rund 1,2 Millionen geschätzt. Wie ein Sprecher des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen am 19. August in Bonn weiter mitteilte, befinden sich die weitaus meisten dieser Deutschen in Schlesien. Die Zahl von 1,2 Millionen umfasse alle Deutschen, die früher die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben. Dabei sei es gleichgültig, ob sie inzwischen zur Option gezwungen wurden oder nicht. Allein in Beuthen leben nach Angaben des Sprechers noch 40 000 bis 50 000 Deutsche. Sogar in einer Meldung der amtlichen polnischen Presseagentur sei die Zahl der Deutschen in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten im Oktober 1951 mit immerhin 665 000 angegeben. Diese Zahl sei aber zu niedrig.

23. August 1952

A IV 11 b Wohnungs- und Siedlungswesen

Bund hilft Altbesatzungsverdrängten

Der Bund hat im August den Länderregierungen und dem Senat von Berlin insgesamt 25 Millionen Mark für das „dritte Ersatzwohnungsbauprogramm für Altbesatzungsverdrängte“ zur Verfügung gestellt. Wie die Bundesministerien für Wohnungsbau und für Finanzen am 19. August bekanntgaben, erhalten die Länder des amerikanischen Besatzungsgebietes 10 Millionen, die des britischen 6 400 000, die des französischen 6 600 000 und der Senat von Berlin 2 Millionen Mark. Ersatzwohnungsbauten sollen vor allem in solchen Gemeinden errichtet werden, in denen jahrelang anhaltende Beschlagnahmen von Wohnungen unter den Altbesatzungsverdrängten Notstände verursacht haben, die auf andere Weise voraussichtlich nicht zu beseitigen sind. Wohnungen aus diesem Programm dürfen nur an Leute vermietet werden, die ihre eigene Wohnung durch Requisitionsmaßnahmen vor dem 1. Oktober 1950 räumen mußten und die in der Zwischenzeit keine angemessene Unterkunft gefunden haben. Die durch den Umzug in die Ersatzwohnungen entstehenden Transportkosten werden aus Bundesmitteln erstattet. Im ersten und zweiten Ersatzwohnungsbauprogramm für Altbesatzungsverdrängte sind bereits 60 Millionen Mark verteilt worden.

23. August 1952

A III 3 Internationale Parteiverbindungen (NEI)

Internationales Jugendparlament geplant

Der Schweizer Vizepräsident der internationalen Union junger christlicher Demokraten, Dr. Schürmann, sagte am 18. August auf einer Pressekonferenz in Villach, die Union wolle ein internationales Jugendparlament schaffen, um aktiv Einfluß auf die europäische Entwicklung zu nehmen. Schürmann betonte, daß an dem Kongreß der Union in Villach, der am 16. August beendet wurde, zum erstenmal britische und skandinavische Vertreter teilgenommen haben.

23. August 1952

A III 1 e KPD

KP-Flugschriften mit Material

von Schmeisser, Dr. Wirth und Frau Wessel

Nach einer Mitteilung des Innenministeriums von Rheinland-Pfalz sind bei dem Althändler Karl Kuntz in Mainz von der Polizei 78 Pakete mit etwa 140 000 Druckschriften und Flugblättern beschlagnahmt worden, deren Inhalt eindeutig kommunistisches, zum Teil getarntes kommunistisches Material sei. Unter den beschlagnahmten Drucksachen ist das Flugblatt, das den Bericht des Spiegels über den Fall Schmeißer mit kommunistischen Zusätzen bringt, eine Flugschrift „Mehr Mut zur Verantwortung“ von Helene Wessel, „Zur militärischen Lage“ von General a. D. Dr. Beyer, dem Sekretär von Kirchenpräsident Niemöller, und „Zum Teufel mit der Menschenfurcht“ von Reichskanzler a. D. Wirth.

Auch die „Deutsche Sammlung“ ist mit einem Flugblatt vertreten, in dem sie für den Friedensvertrag mit der Sowjetunion und gegen den Generalvertrag eintritt. Unter den Propagandaschriften befindet sich ferner eine fünfundfünfzigseitige Broschüre der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Verständigung für einen gerechten Friedensvertrag mit einem Bericht über einen im Frühjahr 1952 abgehaltenen Kongreß in München-Gladbach, in dem vor allem auch Frau Katharina von Kardorff-Oheimb herausgestellt wird.

23. August 1952

A I a Auswärtige Beziehungen

Bedingte Freigabe deutscher Vermögen in Südafrika

Die südafrikanische Regierung hat, wie das Auswärtige Amt in Bonn am 20. August bestätigte, entschieden, daß früheres deutsches Vermögen in Südafrika an seine Besitzer zurückgegeben wird, wenn sie ihren dauernden Wohnsitz in der Südafrikanischen Union oder in Südafrika haben. Das gilt auch für die Besitzer, die vor dem 31. Mai 1952 offiziell nach Südafrika eingewandert oder zurückgekehrt sind. Diejenigen, die zu einem späteren Zeitpunkt noch nach Südafrika einwandern, sollen von ihren Vermögenswerten höchstens 5000 Pfund erhalten. In Deutschland lebende Erben der in Südafrika beschlagnahmten Vermögen können bei nachgewiesener wirtschaftlicher Notlage monatliche Zahlungen bis zur Gesamthöhe von etwa der Hälfte des Erbteiles erhalten. Die Summe dieser monatlichen Zahlungen darf aber tausend Pfund nicht überschreiten.

23. August 1952

A IV 1 g Presse, Film, Funk

Köln gegen Verkauf von Schundliteratur

Die Stadtverwaltung Köln geht jetzt daran, wie sie dem „Volkswartbund“ mitgeteilt hat, die Inhaber von Zeitungskiosken in ihren Verträgen mit der Stadt zu verpflichten, weder Zeitschriften, Zeitungen, Bücher, Bildwerke noch sonstige Waren zu führen und zu verkaufen, deren Vertrieb an Jugendliche verboten ist oder für diese eine Gefahr darstellt. Die Zeitungshändler werden ferner verpflichtet, den Kontrollbeamten der Stadtverwaltung jederzeit Einsicht in die Vertriebsstände zu gewähren. Das städtische Verkehrsamt wurde angewiesen, mit allen Zeitungshändlern neue Verträge abzuschließen und die Kioske laufend zu überprüfen.

Nach dem sich der Bundestagsausschuß für Jugendfürsorge nun fast zwei Jahre hindurch mit dem Gesetzentwurf „Über die Verbreitung jugendgefährlicher Schriften“, als Schmutz- und Schundgesetz bekannt, beschäftigt hat, wird der Bundestag das Gesetz voraussichtlich gleich nach den Sommerferien behandeln.

23. August 1952

CDU legt Verfassungsentwurf vor

In einer Rundfunksprache erläuterte der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg, Dr. Gurk, den CDU-Entwurf für eine Verfassung des neuen Bundeslandes. Er erklärte, der Leitgedanke des Verfassungsentwurfs der CDU sei in der Abgrenzung der Persönlichkeitsrechte des Menschen gegenüber der Staatsmacht zu sehen. Deshalb stelle der Entwurf das neue Land als einen demokratischen und sozialen Volksstaat in seinem Volks- und Staatsleben auf die Grundlage des christlichen Sittengesetzes. Er betone auch eine klare Trennung der Gewalten, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Die CDU habe sich entschlossen, die Grundrechte der Persönlichkeit auch zum unmittelbaren Landesverfassungsrecht zu machen, wie sie auch der Ehe und Familie einen besonderen Abschnitt ihres Entwurfes gewidmet habe. In Artikel 7 sei festgelegt, daß Pflege und Erziehung der Kinder zu leiblicher, geistiger und seelischer Tüchtigkeit das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht sind, auch während des schulpflichtigen Alters. Eine Neuheit sei der Versuch, die soziale Wirksamkeit und Verpflichtung des Staates in ihrer Gesamtheit zu umschreiben, also neben der Arbeiterfrage alle anderen sozialen Aufgaben zu erfassen. Artikel 13 des CDU-Entwurfes fordert, daß, soweit das Land zur Mitwirkung berufen ist, den Nöten, die aus dem Krieg und seinen Folgen entstanden sind, die Hilfsbereitschaft zugewendet werden müsse. Neben die soziale Verpflichtung des Staates ist die Pflicht und das Recht des Staatsbürgers zur Arbeit und zur unternehmerischen Initiative gestellt. Das Streikrecht der Arbeitnehmer wird als Mittel zur Wahrung und Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse anerkannt. Die Verantwortung für Streikanordnungen wird betont. Dadurch soll der Streik als politisches Kampfmittel in den Hintergrund treten. Es soll dem Staate durch Artikel 15 und 16 eine aktive Mittelstandspolitik aufgegeben werden.

In den Abschnitten Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Erziehung und Unterricht wird den Kirchen die Eigenschaft als Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährt. Die Bestimmungen der Verträge mit der evangelischen und katholischen Kirche bleiben geltendes Recht (Artikel 22). Die öffentlichen Schulen sollen christliche Schulen sein. Den Eltern ist das Recht, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu bestimmen, zugesprochen. Jedoch soll es bis zum Zustandekommen eines Schulgesetzes bei dem bisherigen Zustand, dem status quo, verbleiben; demnach bliebe in Württemberg-Hohenzollern das Elternrecht verwirklicht, während in den drei anderen Landesteilen die christliche Gemeinschaftsschule bliebe. Ein Schulgesetz, das diesen Zustand ändert, soll einer Zweidrittelmehrheit bedürfen. Die Fraktion wird nicht dem zustimmen können, daß bei der Auslegung des christlichen Charakters der Gemeinschaftsschulen in Zweifelsfragen die staatlichen Organe die Entscheidung haben, wie sie auch den sogenannten Kanzelparagrafen ablehnt. Daß der Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach sein soll, ist im Artikel 29 des Entwurfs klar betont. Neu ist im CDU-Entwurf Artikel 34, das den Eltern bei den Schulen zugestandene Mitwirkungsrecht.

Neu ist ferner die Forderung, neben den Landtag einen Senat zu stellen, der das Volk nicht wie der Landtag nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern unter Berücksichtigung seines Aufbaues nach Berufen, seiner Gliederung in kommunale, wirtschaftliche, soziale und religiöse Gemeinschaften und seiner kulturellen Einrichtungen vertritt. Der Staatspräsident soll nicht vom Landtag, sondern von den wahlberechtigten Staatsbürgern gewählt werden. Die vom Staatspräsidenten ernannten Minister und Staatssekretäre bedürfen der Bestätigung durch den Landtag. Der Staatspräsident soll bei unmittelbarer Gefahr den Staatsnotstand verkünden können. Landtag und Senat können je mit einfacher Mehrheit, der Landtag allein mit Zweidrittelmehrheit diese Anordnung zur Aufhebung bringen. Vom Landtag beschlossene Gesetze sollen unter bestimmten Voraussetzungen der Volksabstimmung unterworfen werden können. Für die Verwaltung des Bundeslandes soll nach Artikel 95 der Grundsatz der Dezentralisation bestehen. Auch der Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise ist im Artikel 96 gedacht. Es sollen auch Kommunalverbände höherer Ordnung für gemeinsame Aufgaben errichtet werden können. Die von der Verfassungsgebenden Landesversammlung beschlossene Verfassung ist der Volksabstimmung zu unterwerfen. Die CDU kann der Verabschiedung nur durch die Landesversammlung, und etwa noch mit einfacher Mehrheit, nicht zustimmen. Die Volksabstimmung wird ein Prüfstein dafür sein, inwieweit das neue Bundesland Legitimität, das heißt die innere Zustimmung der Wähler, gefunden hat. **23. August 1952**

Bürgerschaft soll sich selbst verwalten

In einer Versammlung, die am 20. Juli in Mülheim a. d. Ruhr stattfand, sprach der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Meyers (CDU) zu einigen grundsätzlichen Fragen, die mit der neuen Gemeindeordnung im Zusammenhang stehen. Dabei betonte er, es komme darauf an, um den Bürger herum einen möglichst großen verwaltungsfreien Raum zu schaffen, in den der Staat nicht hineinzugreifen habe. An diesen verwaltungsfreien Raum solle sich dann ein Raum anschließen, den der Bürger selbst verwalte und für den er die Verantwortung habe. Erst in letzter Linie dürfe die Einflußsphäre des Staates kommen. „An die Spitze der neuen Gemeindeordnung“, so fuhr er dann fort, „stellen wir den Grundsatz, daß die Bürgerschaft sich selbst verwaltet. Es kommt jetzt auf die Kräfte an, die das Gesetz aktivieren“. Mehr denn je gilt es, die besten und tüchtigsten Männer und Frauen in den Rat der Gemeinde zu bringen. Das ist der tiefe und ernste Sinn der kommenden Kommunalwahlen. Dr. Meyers appellierte an alle, die durch Charakter und Eignung berufen sind, sich für den Dienst in und an der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Leider gebe es eine Menge tüchtiger Mitbürger, die sich versagen und lieber bereit sind, Geld zu spenden als sich im Rat der Gemeinde zu betätigen. Das aber sind dann gewöhnlich „diejenigen, die an allem und jedem etwas auszusetzen haben, selbst jedoch zu bequem sind, persönliche Opfer zu bringen.“

Der Innenminister räumte auch bei dieser Gelegenheit mit dem Schlagwort von der angeblichen Zweigleisigkeit der Verwaltung auf. Der Oberbürgermeister einer Stadt sei der Ratsvorsitzende und nichts mehr. Es sei eine vollständige Verkenning des Amtes des Ratsvorsitzenden, die meiste Zeit des Tages im Rathaus zu sitzen und sich um Dinge zu kümmern, die nicht Aufgabe des Ratsvorsitzenden, sondern Sache des Hauptgemeinbeamteten sind. Der Oberstadtdirektor ist nicht der „Gegenspieler“ des Rates, sondern der Mann, der dem Rat wert erschein, die Geschäfte der Gemeinde zu führen. **23. August 1952**

A III 4 Europäische Zusammenarbeit**Europäische Jugendkonferenz in Edinburgh**

Die traditionellen Edinburgher Festspiele, die alljährlich von zahlreichen Gästen aus allen Teilen der Welt besucht werden, sind in diesem Jahr zugleich der Anlaß für eine bedeutsame politische Aktion, die in der Zeit vom 17.—31. August jungen europäischen Politikern Gelegenheit geben wird, die Frage „England und Europa“ mit führenden britischen Persönlichkeiten nach allen Richtungen hin zu diskutieren und dieses problemreiche Thema aus der Perspektive Großbritanniens kennenzulernen. Unter den 20 Teilnehmern, die von deutscher Seite aus an diesen Gesprächen beteiligt sind, befinden sich der Landesvorsitzende der Jungen Union Schleswig-Holsteins, Stoltenberg, und H. Matthes von der Hochschulgruppe Kiel des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. **23. August 1952**

A 8 a Ministerium für gesamtdeutsche Fragen**Wegen Verleumdung verklagt**

Wegen Verleumdung, Beleidigung und übler Nachrede hat das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Strafanzeige gegen den kommunistischen Bundestagsabgeordneten Renner erstattet. Die Anzeige erfolgte, weil Renner nach dem Einbruch in das Bonner KP-Büro behauptet hatte, die Tat sei „von bezahlten Agenten des Kaiser-Ministeriums“ verübt worden. Renner hatte im Zusammenhang damit weiter behauptet, ein an der Untersuchung beteiligter Kriminalbeamter habe gesagt, daß die eigentlichen Täter „am Bottler-Platz 3“ säßen, wo der Sitz des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen ist. Der Chef der Bonner Polizei ließ daraufhin sofort eine Vernehmung der beteiligten Beamten durchführen, die jedoch nachdrücklich bestritten, diese oder eine ähnliche Äußerung getan zu haben. **23. August 1952**

A 6 c Arbeitseinsatz und Arbeitsvermittlung**Immer weniger Arbeitslose**

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik belief sich Mitte August auf 1 145 149 und hat damit gegenüber Ende Juli um 10 307 abgenommen, teilte das Bundesarbeitsministerium am 19. August mit. In dieser Zahl sind rund 702 000 Männer und 443 000 Frauen erfaßt. **23. August 1952**

Das Fazit von Villach

Die internationale Woche der Christlichen Demokraten Europas

Mit einer Großkundgebung nahm die Internationale Woche der Jungen Union Christlicher Demokraten Europas, an deren Gestaltung auch die Junge Union Deutschlands maßgeblichen Anteil hatte, ihr Ende. Durch die mit Fahnen und Blumen geschmückten Straßen der alten österreichischen Grenzstadt bewegte sich der Zug von etwa 5000 Delegierten aus allen Ländern Westeuropas, ergänzt durch die Exilgruppen aus Litauen, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, und legte eine großartige Demonstration des Willens der Jugend ab, Europa allen Widerständen zum Trotz zu schaffen.

Unter der Anteilnahme des Großteiles der Kärntener Grenzbevölkerung ergriffen vor den Delegierten der Jugend der belgische Staatsminister De Schrijver, Mr. Brain, Abgeordneter des englischen Unterhauses, Staatssekretär Taviani (Italien) und der österreichische Bundeskanzler Dr. Figl das Wort. Sinn der Ausführungen vor allem des Herrn Bundeskanzlers war es, die Jugend aufzurütteln, am Bau des neuen Europas alle Kräfte anzusetzen, Europa solle eine Heimat der Zukunft werden, in der jeder ohne Furcht und Angst wirken und arbeiten könne. Mr. Brain, England, überbrachte dabei eine Botschaft des englischen Premiers Winston Churchill, daß England zu Europa ja sage. Man solle sich nur bemühen, die Bindungen Englands an das Empire zu verstehen.

Am 15. 8. fand eine Woche ihr Ende, deren praktische Arbeitsergebnisse gut sind. Die Arbeit erfolgte in der Kommission für politische Fragen, für Flüchtlingsfragen und in der Kommission für Wirtschafts-, Jungarbeiter- und Gewerkschaftsfragen. Es darf festgestellt werden, daß am Zustandekommen der Arbeitsergebnisse der einzelnen Kommissionen die deutsche Delegation maßgeblichen Anteil hat. Besonders trifft das auf die politische und die Flüchtlingskommission zu.

Die politische Kommission unter Leitung des Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Ernst Majonica, gab folgende Erklärungen ab: Der Kampf der Christlichen Demokraten muß nach zwei Seiten hin geführt werden: Gegen den marxistischen Materialismus und gegen den kapitalistischen Materialismus, die sich beide auf die Ausbeutung der menschlichen Persönlichkeit gründen, gegen die Diktaturen einer Partei, einer Klasse oder eines Menschen sowie gegen die Diktatur des Geldes oder wirtschaftlicher Gruppen, gegen das Dogma einer nationalen Souveränität und gegen den Mythos von einem phrasenhaften und wirkungslosen Internationalismus.

Daher müssen alle christlich-demokratischen Kräfte eingesetzt werden für die Aufrechterhaltung und Konsolidierung der von Kommunismus und Faschismus angegriffenen Demokratie, für den Aufbau einer wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung durch Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Organisationen in der inner- und außerbetrieblichen Arbeit und durch gerechte Verteilung des Sozialproduktes, um den Erwerb von Eigentum (insbesondere Eigenheim) für jede Familie zu fördern und die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu garantieren; für ein einiges Europa, für dessen Konsolidierung die sofortige Einberufung einer verfassunggebenden europäischen Versammlung als notwendig erachtet wird. Die politische Kommission betonte ferner, daß Kompromisse mit anderen politischen Richtungen nicht zur Verletzung der christlichen Grundsätze führen dürfen.

Die Flüchtlingskommission unter Leitung des Deutschen Willfried Parge einigte sich auf einen deutschen Initiativvorschlag hin zur Entschliebung. In Europa soll eine zentrale Auffangstelle für junge Menschen aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang geschaffen werden, die vor allem den Flüchtlingen Arbeit, Wohnung und Betreuung jeder Art vermitteln soll. Die Zusammenarbeit soll so weit gehen, daß auch eine gemeinsame Agentenüberwachung durchgeführt werden kann.

Die Wirtschaftskommission nahm zu der neuerlichen Erklärung des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christian Fette, Stellung, in der dieser den Führungsanspruch der Gewerkschaften im Staate verkündete. Diese Forderung Fettes wurde entschieden zurückgewiesen. Ferner wurde die Forderung erhoben, zur Angleichung der sozialen Lage in den einzelnen europäischen Staaten die Ausbildung der Jungarbeiter anzugleichen, um so einen großzügigeren Austausch verwirklichen zu können.

Ein weiterer Ausschuß für Studentenfragen entschied sich dafür, studentische

Gruppen weiter der Jungen Union Christlicher Demokraten Europas eingegliedert zu lassen. Der studentischen Organisation sind folgende Länder angeschlossen: Österreich, Italien, Frankreich, Belgien, Griechenland, Deutschland sowie die Exilvertretungen von Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Kroatien.

Mit einer Sitzung der Plenarversammlung fand die Woche von Villach ihren Abschluß. Das Plenum billigte einstimmig die von den einzelnen Kommissionen eingereichten Resolutionen und betonte seine Entschlossenheit, getreu der Politik der christlich-demokratischen Parteien Westeuropas, für die europäische Verteidigung die ganze Kraft der Jungen Union einzusetzen. Wenn es in absehbarer Zeit gelingt, die Erkenntnisse und Forderungen des Villacher Kongresses in die Tat umzusetzen, sollte eine Verwirklichung des europäischen Gedankens in eine europäische Einheit möglich sein. Dabei wird es vor allem Aufgabe der Christlichen Demokraten sein, über die Verwirklichung der europäischen Idee zu wachen. Denn die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß weder die Sozialisten noch die liberalen oder radikalen Elemente das geistige Rüstzeug haben, die europäische Verteidigung in die Hand zu nehmen. (S. G.)

Erzwungene „Freiwilligkeit“

Jede Veröffentlichung in der sowjetzonalen Presse steht im Zeichen des „freiwillig“. Freiwillig verpflichten sich angeblich die Mitglieder des „Ulbricht“-Aktivs im Kombinat sowieso, ihren Plan um X Prozent überzuerfüllen, und freiwillig sind sie bereit, diesen übererfüllten Plan bereits vorfristig zu erfüllen. Spricht man mit diesen scheinbaren Überaktivisten, so erfährt man, daß alle diese schönen Propaganda-Erklärungen, ohne daß sie selber gefragt wurden, nur auf Veranlassung der kommunistischen Funktionäre veröffentlicht werden. Einzig zu dem Zweck, noch mehr aus ihrer Arbeitskraft herauszupressen.

„Freiwillig“ strömen nach den östlichen Zeitungen jetzt die jungen Menschen der Sowjetzone in den Arbeitsdienst und in die kommunistische Nationalarmee. Die große Zahl der aus der Vopo Geflüchteten und der jungen Leute, die mit der „freiwilligen“ Einberufung in der Tasche im Westen Asyl

suchen, strafen diese Behauptungen Lügen. „Freiwillig“ sind die Bauern bereit, sich den kommunistischen Produktionsgenossenschaften anzuschließen und damit angeblich selbst Hand an ihre eigene Existenz zu legen. „Freiwillig“ geschieht natürlich auch der Verzicht des durch die Zwangsmaßnahmen Pankows ruinierten Besitzers eines privaten Betriebes und seine „Über-eignung“ auf den kommunistischen Staats-trust, der sich „volkseigen“ nennt.

„Freiwillig“ haben die wegen Spionage oder Sabotage in den großen Schauprozessen der Sowjetzone Angeklagten regelmäßig ihre „Geständnisse“ abgelegt. Tatsächlich sind diese Menschen Opfer entsetzlicher Torturen, die diese Justiz kennzeichnen. Oft bezichtigen sie sich solcher Taten, die so sinnwidrig sind, daß man an dem Verstand der Angeklagten zweifeln müßte, wenn man nicht die NKWD-Praxis kennen würde. Freiwillig sollen nun auch die Kirchen in der Sowjetzone den „Aufbau des Sozialismus“ kommunistischer Prägung fördern. Weil sie das nicht tun, sondern es ablehnen, von jemandem außerhalb der Kirche „Anweisungen“ entgegen zu nehmen, werden sie verfolgt.

Das deutsche Volk, das vor nicht allzu langer Zeit ein ähnliches System der „Freiwilligkeit“ mit dem völligen Zusammenbruch bezahlen mußte, ist gewarnt. Auch der Teil, der in der Sowjetzone lebt, kennt die Folgen dieser Katastrophenpolitik nur zu genau. Die Locktöne aus dem Osten ziehen um so weniger, seitdem Walter Ulbricht das wahre Gesicht seines bisher sorgsam verhüllten Planes zur Bolschewisierung ganz Deutschlands gezeigt hat. Wenn er von deutscher Einheit spricht, für die alle „Patrioten“ eintreten, auch die „Patrioten“ in Westdeutschland, die angeblich nur durch die „Bonner Kriegshetzer“ gehindert werden, „freiwillig“ mitzukämpfen, so weiß jeder, daß alle diese Worte das Gegenteil von dem bedeuten, was man sonst darunter versteht. Ulbrichts Freiheit ist richtig zu übersetzen mit Zwang und Unterwerfung unter den Willen des Kommunismus. Die Zustände in der Sowjetzone beweisen das mit plastischer Eindringlichkeit.

Pankow verlangt Aufhebung der theologischen Fakultäten

In einem an den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Dr. Dibelius, gerichteten Brief bezeichnet der sowjetzonale Ministerpräsident Grotewohl das Bestehen evangelisch-theologischer Fakultäten an den sowjetzonalen Universitäten „als dem Verfassungsrecht der DDR widersprechend“. Grotewohl schlägt der evangelischen Kirche vor, diese theologischen Fakultäten in einer neuzubegründenden Theologischen Akademie auf sowjetzonalen Boden zusammenzufassen, und erbittet dazu eine kirchliche Stellungnahme.

Wie der Evangelische Pressedienst erfährt, beginnen in diesen Tagen Beratungen der beteiligten kirchlichen Stellen über den Brief Grotewohls. Man ist sich in kirchlichen Kreisen darüber im klaren, daß mit diesem Pankower Schreiben die zum Teil seit Jahrhunderten bestehenden evangelisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten in Leipzig, Jena, Halle, Rostock, Greifswald und in Ostberlin auf dem Spiele stehen.

Hans Otto Wesemann:

Falsche Anfälligkeit für Silberstreifen

Die Psychologie des östlichen Staatsfunktionärs

Aus einem Vortrag im NWDR geben wir nachstehende Gedanken des bekannten Kölner Kommentators wieder, die durch Olympia-Berichte angeregt wurden.

Wir haben lesen können, daß die russischen Olympia-Sportler eigentlich doch ganz nette Kerle seien, mit denen man sich schon vertragen könne. Das wurde so berichtet, wie man von der Entdeckung eines neuen Erdteils sprechen würde. Hinter diesen teilnahmsvollen Berichten schien das Gefühl einer außerordentlichen Erleichterung zu stecken, vermischt mit der unausgesprochenen Frage, wieso man sich eigentlich nicht auch sonst mit diesen Leuten im Osten verständigen könnte.

Was ist das für eine Welt, in der solch ein Tröpfchen menschliche Berührung wie eine Sensation wirken kann. Wie dunkel müssen die Horizonte sein, daß ein so winziges Licht wie ein heller Strahl ausnimmt. Wie beschränkt müssen Hirne sein, die aus solchen Beobachtungen Optimismus saugen wollen. Man muß schon mit festgeschlossenen Augen etliche Jahrzehnte geschlafen haben, um nicht zu wissen, daß dort drüben eine neue Art von Mensch gezüchtet wird, die unvereinbar Scheinendes in sich birgt. Da gibt es Volkspolizisten, deren Dienst darin besteht, den fünf oder sechs Häftlingen, die in einer Einzelzelle des Zuchthauses Waldheim eingepfercht sind, pro Tag je einen Liter Wasser zu geben. Damit sollen sich diese unglücklichen Opfer waschen, das ihnen gnädigst gewährte eine Taschentuch ausspülen und schließlich noch die Zelle säubern. Pflichtgemäß verüben diese Funktionäre ihr tägliches Quantum unbeschreiblicher Grausamkeit. Aber diese selben Leute werden aufs Schwerste bekümmert sein, wenn ihr Hund von einem Auto angefahren wird und getötet werden muß. Tausende und Abertausende dieser Art laufen herum. Kalten Herzens schießen sie einen armen Grenzgänger über den Haufen. unbarmherzig rauben sie Menschen und

er in den Jahren seiner russischen Emigration der GPU in die Hände gespielt hat. Er wird vermutlich nur darüber lächeln können, daß es wirklich noch jemanden gibt, der sich von ihm etwas versprechen läßt und zu allem Überfluß noch glaubt, so ein Versprechen würde gehalten! Aber das hindert ihn nicht, seine Gäste, wie zum Beispiel einen schwedischen Bischof, mit ausgesuchter Höflichkeit zu empfangen und kleine Kinder liebevoll auf den Arm zu nehmen, wenn sie ihm bei irgendeiner Veranstaltung Blumen überreichen müssen. So sind sie oben, und so sind sie unten. Sie sind nette, umgängliche Leute und zugleich gefügige, zu allem bereite Kreaturen des Kollektivs. Man weiß nicht, wie man diese zweibeinige Neuschöpfung eigentlich bezeichnen soll, denn unter dem

Begriff des Menschen verstehen wir doch immerhin noch ein Wesen, das ein Gefühl für Verantwortung und ein Gewissen hat.

Wir sind so anfällig für Silberstreifen am Horizont geworden, daß unser Auge vor lauter Betrachtung des Horizonts kaum mehr zu den Wirklichkeiten dieser Welt findet. Wir können schwer auf die Überzeugung verzichten, daß die Zukunft besser und schöner als die Gegenwart sein muß. Wenn sie das aber werden soll, so kommt man mit Realismus und Wirklichkeitssinn doch besser vom Fleck als mit schöngefärbten Träumen. Die Olympischen Spiele sind in unserer abendländisch-humanen Vorstellung selbst mit dem Traum von schönen und guten Dingen verknüpft, mit dem Frieden zum Beispiel, mit der Bescheidenheit im Siege und der Würde in der Niederlage, mit moralischen Werten also. In den Beständen des dialektischen Materialismus aber kommen diese Werte nicht vor. Man trägt sie allenfalls, wenn es zweckmäßig ist, wie eben die Sportfunktionäre des Ostens gefällige Manieren und freundliche Gesten tragen.

Jugend in der Welt von heute

Unser verstorbener, hochgeschätzter früherer Mitarbeiter, Dr. Eduard Hemmerle, hat eine seiner letzten Arbeiten wenige Tage vor seinem Tode dem 75. Deutschen Katholikentag zur Verfügung gestellt.

Früher mußten sich die Christen gegen Aufklärung, Atheismus und Liberalismus wehren, die die Fundamente des christlichen Glaubens zu unterminieren suchten. Das ist heute in den Hintergrund getreten. Übrig geblieben ist von den antichristlichen Philosophien des letzten Jahrhunderts nur eine — die materialistische, die heute in den verlockendsten Formen an die Massen heran getragen wird. Unserer Generation werden keine philosophischen Probleme vorgelegt, sondern nur fertige Antworten. Im täglichen Umgang tönen sie uns aufdringlich entgegen von den Plakatsäulen, aus den Inseraten der Zeitungen, aus den Illustrierten und den Filmen. Immer wieder: Fort mit veralteten Bindungen! Genieß dein Leben in ungehemmter Freiheit!

Kein Wunder, daß solche Parolen ihren verführerischen Reiz am ehesten auf die heranwachsende Jugend schon von Kindheitsalter an ausüben. Da sind alle, die noch Christen sein wollen, vor die Frage gestellt, ob sie die Dinge gleichgültig treiben lassen oder sich in die Reihen derer stellen wollen, die den Kampf für die Zukunft des Christentums aufnehmen. Die an erster Stelle stehende zeitgemäße Seelsorge muß hier gerufen werden und dann das Elternhaus, die Schule und alle jene, die irgendwie und irgendwo Einfluß im öffentlichen Leben haben.

Die Mittel und Methoden der Jugendführung, wie sie vielleicht noch vor 30 Jahren richtig waren, genügen heute nicht mehr. Die unseren christlichen Idealen weithin widersprechende Wirklichkeit muß ohne Ängstlichkeit ins Auge gefaßt, beim Namen genannt, an den Maßstäben des christlichen Glaubens gemessen werden. Wir Christen können die Welt, wie sie ist, nicht gewaltsam ändern; wir dürfen sie aber auch nicht resigniert hinnehmen wie etwas Unabänderliches. Mag der antichristliche Geist der Gegenwart auch noch so stark sein, wir dürfen den Glauben an die weltüberwindende Kraft des Christentums nicht verlieren und müssen darum das Unrige

tu, um eine neue, bessere Atmosphäre für alle und nicht zuletzt für die heranwachsende Jugend zu schaffen. Ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger, ist aber, die jungen Menschen mit der inneren Kraft auszurüsten, die sie befähigt, sich in dieser Welt „rein und unbefleckt“ zu behaupten.

Gemeinsame Wahllisten in Niedersachsen

Wir veröffentlichten in unserer Ausgabe vom 13. August (Nr. 64) eine Notiz mit der Überschrift „Einheitslisten in Niedersachsen“. Wie uns von der Landesgeschäftsstelle der CDU in Niedersachsen mitgeteilt wird, geht die Meldung nicht in allen Punkten von richtigen Voraussetzungen aus.

In Niedersachsen ist für die Kommunalwahlen ein neues Wahlgesetz verabschiedet worden. Dieses Wahlgesetz bevorzugt die größeren Parteien. Es sieht die Möglichkeit vor, daß mehrere Parteien sich in einer gemeinsamen Liste zusammenschließen. Es gestattet bei einem solchen Zusammenschluß, daß hinter jedem einzelnen Kandidaten die Bezeichnung seiner Partei aufgeführt wird. Es gestattet außerdem, daß Parteilose sich einer solchen Liste anschließen. Es gibt keine Reservelisten. Unter Berücksichtigung dieses Wahlgesetzes hat die CDU den Standpunkt vertreten, daß gemeinsame Listen mit der DP, dem Zentrum und der FDP und unter Berücksichtigung der Kandidaten des Mittelstandes das Wünschenswerteste sei, wobei es den Kreis- und Ortsverbänden überlassen bleiben muß, je nach der örtlichen Situation ihre Entscheidung zu treffen. Meldungen aus Ostfriesland, daß sich an einem solchen Zusammenschluß auch die SRP beteiligen wolle, stammen aus einer Zeit, als die einstweilige Verfügung des Bundesverfassungsgerichts noch nicht vorlag.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2. - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schlieffach 102
Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.

Verlegung der Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Bonn hat ihre Geschäftsräume verlegt. Sie ist ab sofort zu erreichen unter der Anschrift: Bonn, Nassestraße 2. Telefon-Sammel-Nr. 5 19 15.

liefern sie der Folter und dem Tode aus. Aber es bricht ihnen fast das Herz, wenn ihnen ihr Wellensittich eingeht oder ihr Kind sich einen Splitter in den Finger gerissen hat. Soweit sie im privaten Kreise leben, werden sie nett und umgänglich sein. Sobald sie Funktionäre des Staates, der Partei oder der Polizei sind, bleibt keine Spur mehr von Sitte, Gesetz und Menschlichkeit.

Der Ehrenpräsident des Lutherischen Weltbundes, ein schwedischer Bischof, hatte Herrn Pieck dringend gebeten, das gegebene Versprechen zu halten und die 5000 Interzonenpässe für Ostzonenbesucher der Weltbund-Tagung in Hannover ausstellen zu lassen. Glaubt der Bischof wirklich, eine Gestalt wie dieser Pieck sei durch ein moralisches Gesetz gebunden, das vom Menschen verlangt, ein gegebenes Versprechen zu halten?! Herr Pieck wird selber wissen, wieviele seiner vertrautesten Freunde und kommunistischen Mitkämpfer